

Bezugs-Preis
In der Hauptredaktion über dem Ausgabe-
feld abgebaut; vierteljährlich 4,-, bei
gewöhnlicher täglicher Auflistung im Hand-
buch 4,75. Durch die Post bezogenes für Deut-
schland u. Österreich vierzehntlich 4,50, für
die übrigen Länder laut Zeitungspreise.

Redaktion und Expedition:

Johanniskirche 8.
Geschäftsstelle 183 und 222.

Filialredaktionen:

Ulrich Schlesinger, Universitätsstr. 3,
R. W. Klemm, Kärtnerstr. 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Marienstraße 84.

Bernhardstr. 14, Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Dünker, Herzl. Platz, Postkantinenstr.,
Lützowstraße 10.
Benzstrasse 14, Nr. 4603

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig,
des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Nr. 168.

Donnerstag den 2. April 1903.

Politische Tagesschau.

* Freitag, 3. April.

Zum Thema: "Keine neuen Steuern".

Unmittelbar vor Totschluss, d. h. vor den parlamentarischen Überferien, wäre es bekanntlich beinahe zu einer Übereinkunft gekommen. Die mißverstandene Anerkennung des Ministerialsekretärs im öffentlichen Ministerium, v. Schraut, mußte beibehalten, um den Versuch zu rechtfertigen, die verbündeten Regierungen und die eine oder andere Partei zu Auseinandersetzungen zu veranlassen, welche in der Wahlbewegung im Sinne der Parole "Keine neuen Steuern" sich hätten vermeiden lassen können. Der Bundesbevollmächtigte für Elßow-Borsigringen, Halle, sollte sich, was der Unterstaatssekretär v. Schraut wirklich gesagt hat, weiterhin unterstellen, der Staatssekretär des Reichskriegsministeriums, Krebsen v. Drehmann, mit, es fänden zur Zeit keine Erwägungen zwischen den verbündeten Regierungen statt über eine Erhöhung der Braunkohle. Dem Unterstaatssekretär v. Schraut war nachgesagt worden, er habe von der Möglichkeit der Einführung einer Reichsabgabe gesprochen. Tatsächlich besteht aber eine solche längst, und so kann es sein, wenn die höhere Erhöhung des Preises zur Bekreitung der gemeinsamen Aufgaben des Reiches in Frage kommen sollte, nur um eine Erhöhung der Braunkohle, und darum handeln, um welchen geringeren oder höheren Betrag die Braunkohle erhöht werden soll. Natürlich nur innerhalb der Braunkohlegemeinschaft. Wie Bayern, das sich in dieser nicht befindet, sich mit einer Erhöhung der Einnahmen des Reiches infolge einer Erhöhung der Braunkohle abfinden würde, d. h. ob es die Mehrbelastung, die es für das Reich beanspruchen könnte — weil es mehr aus den Einnahmen des Reiches übernehmen würde — auf dem Wege der Erhöhung seines direkten Steuern oder auf dem einer Erhöhung seiner Pflichten ab verabschiede, wäre ganz seine Sache. Da hätte mir niemand einmischen dürfen, als selbstverständlich die eigene Landesvertretung. Wenn von den politischen Parteien die konservativen sich verantwortliche Stellung zu nehmen zu dem von der äußeren Linken unternommenen Versuch, Auseinandersetzungen herzuführen, die sich im Wahlkampf gegen die Regierung und gegen die nationalsozialistischen Parteien verwenden ließen, so hatte das keinen guten Grund. Bei Beurteilung der Frage der auskömmlicheren Gestaltung der Vereinigungsfürsorge hätte der Adg. Graf v. Roon gezeigt, er hätte für seine Person keine Sorgen, die Frage der Erhöhung der Braunkohle anzugehen. Das war gewiß aller Ehren wert und tapfer. Es ist aber gewiß wohlläng, wenn jetzt der Vorsitzende der konserватiven Fraktion, v. Morawianz, rückwärts erklärt, diese lehne es ab, sich in irgend einer Weise für die Erhöhung der Braunkohle in die Schranken zu werfen; für erwogene den besten Weg, um aus den angeblichen finanziellen Schwierigkeiten im gleichen herauszukommen, darin, daß der Konservat. möglichst bald in Kraft trete. Dieses Verhalten des Vorsitzenden der konservativen Fraktion kann umso weniger befremden, je entschiedener im Laufe der Einheitsberatung aus den anderen positiven Parteien die Abneigung fundgegeben worden war, die gegenwärtig dem Reichstage zugesetzten Parteimitglieder und die Fraktionen als solche auf irgend welche Steuerpläne schimpfen zu lassen. Steuerbeschläge zu machen, hat das Zentrum in den letzten Jahren als

eine Art Vorrecht in Anspruch genommen. Nach der Auffassung der nationalliberalen Partei ist dies in erster Linie Sache der verbündeten Regierungen. Nun war der Reichstag kaum in die Beratungen eingegangen, als in einem unklaren Blatte eine Mitteilung auftrat, die sich so deutlich sah, als ob die Reichsverwaltung erklärte, es länder zur Zeit keine Erwägungen zwischen den verbündeten Regierungen über eine Erhöhung der Braunkohle hätte, unmittelbar nach der Beurteilung des Reichstags zu einer großen Aktivität in der Richtung der Verhandlung von Verabredungen für eine Braunkohle-Erhöhung übergegangen wäre. Dies ist über, wie die "Nat.-lib. Post" hört, in kleinen Kreisen der Fall. Die Reichsfinanzverwaltung hat auch nach Einsicht der Beratungen des Reichstags keine Maßnahmen getroffen, die darauf hindeuten, es sei ihre Absicht, eine Erhöhung der Braunkohle in Borussia zu bringen. Eine eine oder die andere einzelfallhafte Regierung Erhebungen verabschafft, welche im Sinne derer durchzuführen lassen, die Tag und Nacht daran lassen, das Reichssekretär "Keine neuen Steuern" loszulassen, ist nicht bekannt. Die genannte Erhebung glaubt aber nicht sehr zu gehorchen in der Annahme, daß Erhebungen, wie die über die Erfahrungen der Braunkohler, von den Gewerken erwartet, die ihre Maßnahmen mit den Anforderungen der Zeit im Einklang zu halten sich bemühen, schon deshalb von Zeit zu Zeit verabschiedet und immer wieder zu befehligen; das könnte man, wenn einmal der Moment kommen sollte, in dem entweder die Reichsfinanzverwaltung oder eine größere Partei im Reichstage, wie beispielhaft das Zentrum, mit der Forderung der Erhöhung der Braunkohle hervortritt, über die Grundlagen verfügt, die zur Bildung eines Urteils über die Eingebiigkeit einer solchen Maßregel würdig sind.

Kaiser Wilhelm und die dänische Sozialdemokratie.

Die Art, wie die Sozialdemokratie Dänemarks durch ihr Organ "Sozialdemokraten" den Kaiser in Kopenhagen verhöhnen, hat für die deutsche Sozialdemokratie die Bedeutung des Erwähnens einer der beiden Parteien. "Als dänische Staatsbürger", so heißt es, "sozialdemokratischen", "müssen wir ihm einen würdigen und nachbarschaftstreuen Empfang wünschen". Damit bezeugt die dänische Sozialdemokratie, daß sie den sozialdemokratischen Parteihauptpunkt der Internationalität für die vorliegenden Hall vollkommen preisgibt und den Bezug des beherrschenden Herrschers lediglich von dem nationalen Standpunkt des dänischen Staatsbürgers aus beweist und beurteilt will. Ganz im Gegensatz hierzu steht es, daß die deutsche Sozialdemokratie, bei den Besuchern fremder Sonderreise in Berlin den internationalen Standpunkt bevorzuge und an Geschäftsgesprächen gegen die fiktiven Besucher Berlin aufzunehmen, was nur irgend bei der Hand ist. Bollendorf dem treuen Souverän einen würdigen und freundlichen Empfang zu wünschen, füllt der deutschen Sozialdemokratie nicht ein. Vielmehr werden alle diejenigen, die als Staatsbürger einen fremden Souverän in der Deutschen Reichsstadt als Untertanen abgrenzen. Die dänische Sozialdemokratie betrachtet ferner den Kaiser anlässlich als Repräsentanten der deutschen Nation. Daß der Thron der Krone ein solcher Repräsentant sei, wird von der deutschen Sozialdemokratie zwar ohne Erfolg, aber mit Eifer bestritten, indem man versucht,

Männer wie Marx oder Liebknecht und Bebel als die wahren Repräsentanten des deutschen Volkes auszugeben. Die dänische Sozialdemokratie hat durch ihre sympathische Begrüßung des deutschen Kaisers gezeigt, wie weit sie an politischer Klugheit, politischer Erziehung und internationalem Anstand der deutschen Sozialdemokratie überlegen ist. Es wäre nicht erstaunlich, wenn unsere sozialdemokratische Presse den Komponen "Sozialdemokraten" in dieselbe Wohlglücksmühle, in die sie den französischen ehemaligen Handelsminister Millerand befördert hat!

Bisolti über Arbeitersfürsorge.

In der geistigen Sphäre der italienischen Deputiertenkammer beantwortete der Minister des Innern, Bisolti, verschiedene Anfragen über die innere Politik und kam auf die Vorhabe zu sprechen, die sich in vorherigen Jahren in Italien und Spanien die Gelegenheit von Handarbeitern in Asien ergeben. Der Minister vertheidigte das Vorhaben der Behörden und lädt dann weiter aus, solche Vorhaben würden in dem Maße seltener werden, als die intellektuelle Lage der Arbeiterschaften sich bessern werde, und zwar um so mehr, wenn die Eigentümer ihre Interessen an Ort und Stelle wahrnehmen würden, anstatt sie wenig humanen Persönlichkeiten anzuvertrauen. Um Arbeitslosigkeit zu verhindern, sei es nötig, deren Ursachen zu befehligen; das könnte aber nicht auf einen Schlag erreicht werden. (Beif.) In die soziale Gesetzgebung müssen auch Bestimmungen eingefügt werden, welche die Pflichten der Eigentümer regeln. Die bestehenden Arbeiterklassen müssen zu der Überzeugung gelangen, daß es ihre Pflicht ist, die Lebensbedingungen der Arbeiterklassen zu verbessern. Man könne ja nicht sagen, daß nichts in dieser Richtung geschehen sei; eine Anzahl von entsprechenden Maßregeln komme bereits zur Anwendung oder sei in der Vorberichtigung. Die Freunde der Arbeiterschaften müßten aber für bessere Erziehung der Arbeiter sorgen; auch müssen sie zu großen Sandbahnstätten verteilt werden. Der Minister erinnerte dann an die Resultate, welche von der Regierung, deren Programm man anfänglich für unausführbar gehalten habe, bereits erzielt worden seien. Wobei man aber, daß ein Stillstand in diesen Erhebungen eintrete, so müssen andere Männer in die Regierung berufen werden. Wenn das Parlament eine konervative Regierung wählt, so werde er Mederer bitten Sie als Deputierten wieder einzunehmen und glücklich sein, daß zwei Jahre überalterte Regierung jede Müßigkeit zu einem Ende der Reaktion unmöglich gemacht haben. (Beifolter) Bisolti antwortet. Der Minister wird den Titel des Präsidenten noch der Justizminister und der Kriegsminister gesprochen, welche ebenfalls das Vorhaben der Behörden verteidigen würden, die Deputierte geschlossen; eine Tagesordnung wurde nicht eingebracht. Das Haus vertrug sich dann bis zum 28. April.

Zur Marokko-Frage.

In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von deutschem Gesellschaften für das Studium fremder, meist überseeischer und zum Teil exotischer Staaten und für die Förderung des deutschen Guereraustausches mit diesen Staaten begründet worden, so u. a. der Deutsch-Marokkanische Verein, die Deutsch-Amerikanische Gesellschaft, der Deutsch-Australische Handelsverein u. a. Nun steht es auch eine

Deutsch-Marokkanische Gesellschaft ins Leben getreten, wie Graf v. Westphalen-Römerberg eben am Anfang eines Vortrages über Deutschland und Marokko mitteilte, den er vor der Abteilung Berlin-Gartenstadt der Deutschen Kolonialgesellschaft gehalten hatte. Die verkehrspolitische Bedeutung Marokkos wird allerseits gewürdigt. Die Nähe zwischen Spanien und Marokko hat in Gibraltar und Tangier sozusagen zwei Türen. Erstellt ist es den Weg nach Indien während der starken Seeherrschaft Frankreichs im westlichen Mittelmeer zu befürchten steht, daß im Fall einer Belagerung Marokkos durch Frankreich mindestens das westliche Mittelmeer zu einem "französischen See" herabgedrückt werden könnte. Die nächsten Interessen oder wenn man will Konkurrenten an dem Westen wie England und Frankreich am Marokko und Spanien Italien und Österreich-Ungarn als Mittelmeermächte. Deutschland ist im Marokko nicht so unmittelbar interessiert, wohl aber auf Grund seiner handelspolitischen überseelichen Beziehungen, momentan mit dem fernsten Orient, an der Freiheit der Schifffahrt auf dem Mittelmeer und an der Aufrechterhaltung des Friedenswesens der Märkte im Mittelmeer, wodurch die Schifffahrtswirtschaft verbürgt wird. Graf von Westphalen erinnerte, daß bisher das große Interesse Deutschlands in Marokko und am Marokko nicht genügend gewürdigt werde. An den marokkanischen Hafen bestehen gegenwärtig einige 10 deutsche Handelshäuser, die mit einem Kapital von mehr als 2 Millionen Mark arbeiten. Die Außenhandels jener deutschen Firmen, die Marokko betreiben lassen und Kredit geben, werden auf weitere 2 Millionen Mark veranschlagt, der deutsche Grundbesitz besteht auf etwa 1 Million Mark. Deutschland besteht vom Marokko jährlich für 6 Millionen Mark Erdöl und sendet darüber hinaus 2 Millionen Mark Erzeugnisse verschiedenster Art. Auf Grund der Kaufmacht des Bodens, der auch Mineralien enthalten soll, hat Marokko alle Anstalten, ein blühendes und reiches Land zu werden, wenn einmal eine europäische Verwaltung eingerichtet werden wird. Graf v. Westphalen erachtet die Auseinandersetzung Marokkos nur als eine Frage der Zeit. Diese Lösung der marokkanischen Frage erscheint uns nicht gerade wünschenswert, und wenn die Reichsregierung in die Lage kommen oder genötigt werden sollte, zur marokkanischen Frage zu nehmeln, so wird sie vornehmlich als unbedingt erforderliche Macht das europäische Gesamtinteresse zu vertreten und den Grundsatz zu unterstützen, daß somit der marokkanische Staat nicht auf einen Schlag erzielt werden kann, sondern daß ein höherer Gewichtspunkt entsteht, damit allen Mächten und Staaten die Freiheit gegeben wird, wie die Reichsregierung im Handel mit Marokko geführt bleibt. Womöglich könnten wir vom europäischen wie vom deutschen Standpunkt die Neutralisierung Marokkos einer Auseinandersetzung vorziehen sein, doch leichter nach keiner Richtung ist befriedigende Verhältnisse schaffen kann. Bildmarck soll einmal die marokkanischen Fragen eines der heftigsten Probleme der europäischen Politik genannt haben. Es ist zu hoffen, daß diese Frage in nächster Zeit noch nicht aufgetreten wird. Zur Reichsregierung wird man aber das Vertrauen haben dürfen, daß es ihr gelingt, auch in dieser Frage die deutschen Interessen wahrzuhalten und nach Kräften zu fördern. Und wenn die neue Deutsch-Marokkanische Gesellschaft ihre Aufgabe richtig erfüllt, so wird sie ohne Zweifel entsprechend wirken und die deutschen Interessen in Marokko fördern und vermehren können, sodass im Falle einer marokkanischen

Feuilleton.

Das Gold vom Widwatersrand.

Roman von F. Klink-Lüttichburg.

Wiederholung.

Wilm durfte erwarten, in einem Weinstaurant, wo täglich Bekannte von ihm angestammten waren, Rätheres zu erfahren, und beschloß, dort hin zu gehen. Angestammten wußten die auswärtigen Zeitungen erlebt, um gesiegt zu sein. Er sah das nicht geräumt. Schon von weitem bemerkte er auf der Terrasse des Restaurants zwei Freunde, Bill Wiers und David Wiers, in eifrigem Gespräch, daß aber, wie Wilm bemerkte, bei seinem Nähernkommen abgebrochen wurde. Die Begrüßung war eine zurückhaltende.

Dennoch brachte einer der jungen Leute einen Stuhl herbei, den Wiesengästen aufräumend, Platz zu nehmen.

"Sind weitere Nachrichten eingegangen?" fragte Wilm. Die Begrüßung erfolgte nicht unmittelbar. Wiers und Wiers mehleiten einen Stuhl.

"Vorläufig sind keine zu erwarten", sagte Wiers.

"Da heißt es, ich kann in Geduld lassen. Nur zweierlei Dinge sind eingetreten, mit welchen Jameson nicht gerechnet haben dürfte. Die Verhandlungen der Boeren werden wahrscheinlich noch zur rechten Zeit eintreffen, und in Johannesburg hat die Begeisterung abzulaufen.

Die Herren sind wohl noch in dem letzten Augenblick zu der Erkenntnis gelangt, daß sich besser mit den Boeren als den Engländern mithalten lassen werde."

Wilm atmete erleichtert auf.

"Gott sei Dank," sagte er. "Dann hat es keine Not mehr."

"Wie so?" fragte Wiers. "Damit ist noch nichts gesagt. Alles hängt von dem bevorstehenden Kampfe ab. Wird die Bismarck-Schwärze zurückgeschlagen, dann geben die Herren Reformen länderweise einsetzen, noch Preußen, es wird ihnen vielleicht böse an den Kragen gehen."

Wiers mochte Wiers eine ungeduldige Bemerkung mit dem Kopfe. Dieser aber fuhr fort:

"Sagen Sie mal, von Senden, waren Sie nicht vor Jahren lange in Johannesburg?"

"Ja", entgegnete Wilm unbekümmert.

"Sie haben dort Vermögen?"

"Den Berginspektor von Senden."

"Und arbeiten in dessen Bureau?"

"Nein, bei Philip und Compagnie. Ich wohne bei meinem Onkel in Doornfontein."

"Hebt er nicht mit Vornamen Peter und ist Mitglied der Reformpartei?"

Wilm, auf das Unangenehme durch die inquistio-

nären Dinge gestellte Fragen berührte, schwiege an-

schließend etwas, das ihm sehr am Herzen lag. Aufschluß zu erlangen. Er hatte jedenfalls David Wiers mit einem Bild angesehen, der ihn auf sein ruhiges Wesen gemacht und zu einer Art von Erklärung nötigte:

"Die Johannesburger haben sich eine schwere Suppe eingebrockt, und den Rädelsführern wird es sicher an den Krägen gehen. Die Regierung soll die Absicht haben, die vor den hohen Gerichten in Pretoria zu bringen, und man kann es ihr möglicherweise verdanken. Der Putsch läuft nur darauf hinaus, gewisse Unrechtsfehler — doch —"

David Wiers unterbrach sich selbst.

"Man sagt, Berginspektor von Senden werde be-

sonders schwer bestimmt."

"Warum? Weil er Reformer ist?"

Wilm konnte in diesem Augenblick lächeln, und ausdrückt Spott umwölkte seinen Mund. Was alles möchte in diesen Tagen wohl geredet werden!

Seine Ungläubigkeit, die in äußerlicher Ruhe zum Ausdruck gelangt, während doch sein Herz vor Angst schlug, machte auch Einbruch auf die Freunde.

"Man kann immerhin noch nicht wissen, was Wadres daran ist. Vieles trifft aber eigentlich zu. Herr Peter von Senden hat jedenfalls direkte Schiffahrtsver-

bindung mit England unterhalten."

"Das ist mir unbekannt. Früherlich sich er blödsinnig in Lourenço Marques verlaufen."

"Wissen Sie, was er hat verladen lassen?"

"Ich sagte Ihnen, daß ich nicht in seinem Bureau arbeitete."

"Gedächtnis hat er verladen lassen, wie über 50 Pro-

zent Goldgehalt."

"Warum sollte er nicht? Herr Peter von Senden ist Berginspektor. Die Rootzlede-Goldgrube im Lyden-

berg-Goldfeld ist das so gut, wie die Sheba-Grupe im

De Raap-Goldfeld, so viel ich weiß."

Gewiß, aber doch ist es ein großer Unterschied, für wen die Bergwerke verladen werden, ob für die Bergwerksgesellschaft oder privat, nahm jetzt Bischof das Wort, und in seiner Stimme lag ein freudiger Ton von Gereiztheit. Welchen Wert oft Bergwerke haben, dürfte auch Ihnen nicht unbekannt geblieben sein. Die meisten Bergwerke rentieren sich erst, nachdem durch den Kanalbau die Gold-Ausfällung rationeller dat betrieben werden können. Bei einigen Bergwerken ist das Verfahren, das 20 Prozent des gesamten Goldgewinnes einbringt, indes überhaupt nicht eingeführt worden, und der Grund dafür liegt sicher nicht fern. Die Aktienvielfalt um Millionen beträgt, zahlreiche Firmen sind um Millionen betragen, zahlreiche Firmen an den Börsen gebraucht. Auch mein Vater hat einen großen Teil seines Vermögens eingebüßt."

"Es macht mir den Eindruck, als wenn Sie den Bruder meines Vaters bestimmt haben wollten. Bill Wiers. Ich werde das nicht angeben. Was übrigens Wadres und der Johannesburger Einfall miteinander zu tun haben, ist mir noch nicht klar."

"Weil Sie sich nicht um Soraänge gekümmerzt, die sich sozusagen unter Ihren Augen abgespielt haben", verließte sich Wiers scharf. "Andere leben besser, welchen Berg der Oste genommen. Die